INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 58

20.5.75 WÖCHENTLICH 2. JHG. DM 0.50

Ich scheiß auf die Parteistrategen

Ich organisiere mich auf neuen Wegen!

ORGANISIERUNG

ZUR ORGANISIERUNG DER BERLINER UNDOGMATISCHEN LINKEN

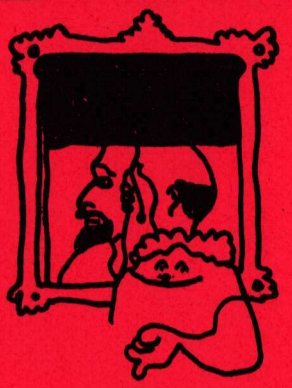
"Die nächsten plenen werden also ohne den größten teil des bisherigen mp-stamms stattfinden." (INFO-BUG 57 s.13)

Die gründe für das "zurückziehen" von einigen genossen (1) sind schon des öfteren vorgebracht worden, am kürzesten sind sie wohl mit -'so gehtes nicht mehr weiter' - zusammenzufassen.
Auf dem vorletzten mittwochsplenum (mp) ergab sich aus der diskussion über die schwierigkeiten, daß das mp in seiner bisherigen form erst einmal ausfallen solle und die genossen, die sich über möglichkeiten einer verbindlichen organisierung (i.w.s.d.w.) unterhalten und vor allem an einer verbindlichen arbeit am ergebniss dieser diskussion mitmachen wollen sich zu eben diesem zeitpunkt im soz.zentrum treffen.
Da diese diskussion jedoch nur kontinuierlich geführt zu einem ergebniss kommen kann, war uns klar, daß man hier hauptsächlich auf genossen zurückgreifen muß, die ihren willen und ihre möglichkeit (zeitlich) zu dieser arbeit gezeigt haben,indem sie kontinuierlich am mp teilgenommen haben, ebenfalls kann man damit auf gemeinsame mp-erfahrungen zurückgreifen. Dieses mp-"gerippe" kann selbstverständlich durch genossen ohne konkrete erfahrung (bezüglich des mps) erweitert werden.
Da sich in der zwischenzeit vom vorletzten zum letzten mp jedoch stimmen erhoben hatten, die sich für die weiterführung des mp,-bis sich eine alternative zeigt, ausgesprochen hatten, schrieben wir also nicht im INFO : das mp fällt aus- sondern : findet ohne den größten teil des bisherigen mp-stamms statt.

Das ergebniss, die situation vom letzten mittwoch:

1. Von denjenigen die die notwendigkeit des überdenkens der funktion des mp's geäußert hatten und das mp erstmal nicht "besuchen" wollten waren nur 4 genossen erschienen. Ein grund ist sicherlich im gleichzeitig stattfinden teach-in der esg zu finden, zum anderen stellt sich jedoch die frage, ob jene genossen noch ein interesse an der lösung des problems haben - diese frage wird sich am nächten donnerstag beantworten.
2. Waren, und hier mag wiederum das teach-in der hauptgrund sein, nur ca. 1o genossen zum mp gekommen.
Daraus ergab sich, daß ein quasi-mp stattgefunden hat, mit a) den leuten die sich "zurückziehen" wollen und b) denen die das mp weiterlaufen lassen wollen. Der in diesem entgegengesetzten interesse angelegte konflikt entlud sich dann als die "zurükzöglinge" von den "weitermachern" aufgefordert wurden rechenschaft (2) über ihren schritt abzulegen.
Die unsolidarische diskussion von beiden seiten endet mit dem auszug der"weitermacher"
Obwohl bei der anschließenden diskussion ansätze von problemlösungsmöglichkeiten vorhanden waren, ergab sich keine weiterentwickelnde diskussion.
Das nichtanwesendsein der interessierten der letzten woche lähmte die diskussion auf ihre weise.
Da man als weltverbesserer jedoch eines auf keinen fall tun darf -nämlich resignieren und aufhören zu wühlen , wollen wir uns,
1. kommenden DONNERSTAG (22.5.) um 2oh im sz treffen, um zu retten was zu retten ist.
der donnerstag wurde gewählt, um denjenigen die an beidem interessiert sind,-am momentanen weitermachen des mp sowie an der diskussion über das mp, oder allgemeiner der damit verbundenen organisierung der BUL (berliner undogmatische linke), in die position des entweder oder oder zu zwingen. (Dies hätte besser schon letzte woche so laufen sollen - aber nun : aus fehlern lernen!)
2. schriftlich auf diese sitzung vorbereiten, d.h. jeder der ansätze von lösungsmöglichkeiten im kopf hat soll sie nach möglichkeit schon in diesem INFO vorlegen, um so eine vorbereitete diskussion zu ermöglichen.
ALLES VERÄNDERT SICH WENN DU ES VERÄNDERST, DOCH DU KANNST NICHT GEWINNEN SOLANGE DU ALLEIN BIST!
Michl F.Kroll

anmerkungen:
(1) In letzter zeit ist es üblich: genossen und genossinnen bzw. genoss(inn)en zu schreiben, um somit herauszuheben, daß männlein und weiblein angesprochen ist. Mir scheint es jedoch notwendig, daß die genossinnen für die anerkennung als genossen (d.h. als GLEICHE) kämpfen.
(2)Unter augenblicklichen organisationsstrukturen des mp erscheint es mir als unding, irgendjemanden zur rechenschaft ziehen zu wollen, da das handeln bzw. nichthandeln eines jeden der beliebigkeit unterworfen ist.



Bei der ersten Besprechung derjenigen,die sich voresrt aus dem Mittwochsplenum zurückgezogen haben,war das Verhältnis von Spontaneität und Organisierung eines der zentralen Themen.
Ich will versuchen,zu dieser Thematik einige Thesen zu entwickeln,die möglicherweise in den nächsten Diskussionen aufgegriffen werden können.
Wenn man sich einmal die Mühe macht,die alten INFO's durchzulesen,so wird man sehen, daß es an guten und wohlgemeinten Vorschlägen für die Umstrukturierung des Plenums nie gefehlt hat.Es ist deshalb wenig motivierend,immer wieder Versuche zu unternehmen,solche Beiträge zu schreiben,die den Prozeß der Organisierung vorantreiben sollen,wenn man doch genau weiß,daß in der Regel solche Artikel noch nicht einmal im kleinen Kreis diskutiert werden. Dennoch dieser Beitrag:

BEDÜRFNISSE

Die an das Mittwochsplenum gestellten Ansprüche waren schon immer von unterschiedlichem Charakter; sie waren die Folge verschiedener Bedürfnisse:
1. Zum einen war das Plenum in seiner bisherigen Form für viele Genossinnen und Genossen ein Ort,an dem man andere Genossen treffen konnte,die man sonst selten zu sehen bekommt (weil sie z.B. in anderen Gruppen arbeiten). Hier war immer ein Ausschnitt aus dem,was man heute so das 'linke Spektrum' nennt,anzutreffen. Vielleicht kann man sagen, daß es hier Gelegenheit für eine Form der Kommunikation gab,die eigentlich in den linken Kneipen laufen sollte,wenn deren Struktur (analog zu der gesprächsfeindlichen Atmosphäre anderer,'bürgerlicher Pinten) dies nicht verhindern würde.

2. Verschiedene politische Gruppen hatten zum Mittwochsplenum ein mehr instrumentelles Verhältnis. Ein ganz konkretes und durchaus legitimes Interesse ließ sie zum Plenum kommen: hatte irgendeine dieser Gruppen eine Aktion geplant und wollte sie diese innerhalb der undogmatischen Linken publik machen und brauchte sie vielleicht noch Genossinnen und Genossen um die Aktion durchzuziehen,so kam sie halt ins Zentrum. Viele waren zwar enttäuscht hier nicht mehr die Delegierten aller Berliner Undogmatischer Gruppen anzutreffen - dennoch sorgten die Anwesenden und vor allem das INFO dafür,daß die Aktionen bekannt wurden. Diese Gruppen hatten kein Interesse daran, langfristig beim MPL mitzuarbeiten - vielmehr wollten sie es für ihre Arbeit nutzen.

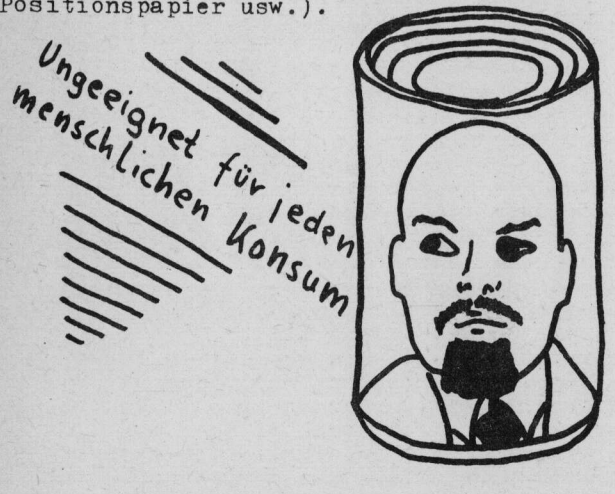
3.Dann waren da noch wir,d.h. diejenigen Genossinnen und Genossen,die sich zum großen Teil aus dem MPL vorübergehend zurückgezogen haben,weil unser Anspruch,das MPL zu einer eigenständigen politischen Gruppe mit einer Konzeption für einen längerfristigen Arbeitszusammenhang zu entwickeln,innerhalb des Plenums in seinem jetzigen Zustand nicht zu erfüllen war.

Alle diese drei Ansprüche konnten im Plenum natürlich nicht befriedigt werden - wobei klar ist,daß jedes dieser Bedürfnisse völlig legitim ist.

RIGIDE KADER - SPONTIFLIPPEREI

> Wir "erleben,was es bedeutet,wenn sich 'Emanzipation' und 'Organisation',individuelles ('existentielles') Bedürfnis und politischer Kampf nach dem Drehtür- oder Wetterhäuschenprinzip zueinander verhalten: Ist Fritz draußen,so ist Grete drin; an der Drehtür ist man entweder drinnen oder draußen." (P.Brückner)

Wir wissen,daß wir eine Organisationsform brauchen,die nicht apriori (durch ihre Struktur usw.) jede Möglichkeit der individuellen Emanzipation ausschließt.Oft genug wurde von Seiten der antiautoritären Linken die ML-Konzeption (Kaderpartei,Demokratischer Zentralismus) als verdinglichte,die hierarchische bürgerliche Ordnung perpetuierende kritisiert.Dies soll hier nicht nochmals geschehen (s.dazu: M.Schneider-Artikel im Kursbuch 25,die Thesen von H.-J.Krahl,GUM-Positionspapier usw.).

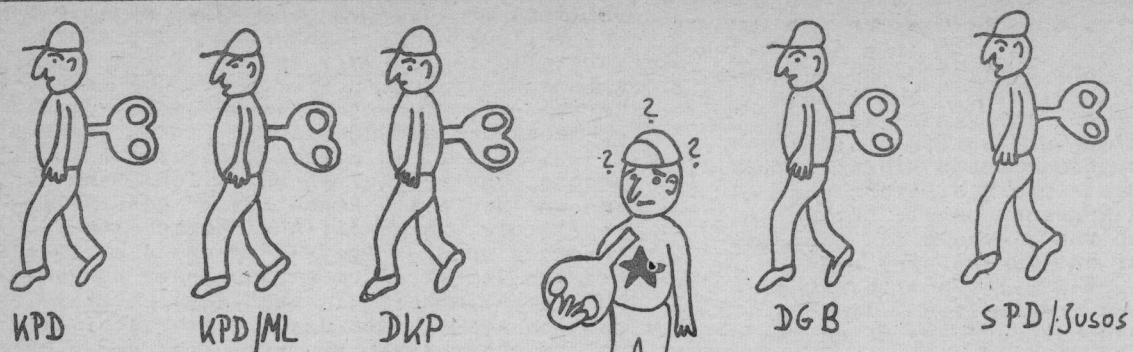


Es geht uns darum,eine Form kontinuierlicher Arbeit zu finden,die in einer nichtrepressiven Weise verbindlich ist - die uns die Möglichkeit gibt,ein positives Selbstverständnis zu finden. Unser bisheriges Selbstverständnis wurde von uns immer negativ bestimmt: durch Abgrenzung gegen die von der kapitalistischen Gesellschaft produzierten Existenzbedingungen einerseits und nach dem Zerfall der Studentenbewegung durch die Abgrenzung der undogmatischen Linken gegen die ML-Zirkel. In diesem Kontext müssen wir unsere Schwierigkeiten begreifen. Denn das, was uns heute als "Chaotentum" oder "Flipperei" usw. vorgeworfen wird,war einmal Ausdruck unseres Protests gegen die ritualisierten Verkehrsformen sowohl der bürgerlichen Gesellschaft als auch der selbsternannten Avantgarden des Proletariats. Als solche subversiven protestformen gegen Leistungszwänge,Rituale,versteinerte Verkehrsformen und kalte und ignorante Verhaltensweisen hatte dieses Ausbrechen eine wichtige Funktion. Heute aber,davon zeugen nicht zuletzt die 'linken Feten',sind diese ehemals provozierenden und auf Veränderung drängenden Verkehrs- und Lebensformen selbst zu Ritualen verkommen. Sie haben nichts Weitertreibendes mehr an sich,haben sich als Karikaturen des einst Sprengenden verfestigt.
Es ist uns nicht gelungen (und konnte uns wohl auch noch nicht gelingen), die Thesen und Vorstellungen einer konkreten Utopie, wie wir sie ausgehend von der Lektüre vor allem W.Reichs und Herbert Marcuses formulierten und forderten,in eine konkrete Lebenspraxis umzusetzen. Der Verlauf der Kommunebewegung belegt dies exemplarisch.

Das Nicht-Durchsetzen-Können der Forderung nach einer unmittelbaren Verbindung von "politischer Arbeit" und "individuellen Bedürfnissen" hier und jetzt führte dazu, daß auch in der antiautoritären Linken die "Kategorien der Utopie denunziert und die Emanzipation verraten" wurden. Das heißt, die Genossinnen und Genossen haben sich nicht mehr an einer Strategie orientiert, die sich auf Fragen der Emanzipation bezog, das bedeutet,des entfremdeten und verarmten Lebens in dieser Gesellschaft."Konkrte Kategorien des Glücks,des Lustprinzips und der Befreiung fallen hier herus."(Krahl)

HEUTE SICH OPFERN - MORGEN ERST FREI SEIN

Das Redaktionskollektiv der POLITIKON hat in dem Aufsatz:"Die Angst,die aus der Ware kam" (POLITIKON Nr.45) auf den Opferzusammenhang (auch unserer) politischen Arbeit hingewiesen:"Aber die Vorstellungsweise von politischem Handeln,auch die,die uns aus der marxistischen Tradition geläufig ist, ist in ihren Grundzügen wesentlich gekennzeichnet durch den der Religion entstammenden Mechanismus,Bedürfniseinschränkungen mit zukünftigem Heil zu begründen."
Wir müssen also beginnen,einen theoreti-



schen und praktischen Politikbegriff zu entwickeln,der uns nicht heute Opfer abverlangt,die nicht als notwendig ausgewiesen werden können und uns damit zu trösten versucht,daß "nach der Revolution" alle unsere Bedürfnisse befriedigt werden.

WEN ODER WAS ORGANISIEREN?

Das heißt,daß wir die Ambivalenzen und Widersprüche des antiautoritären Bewußtseins nicht undialektisch zu lösen versuchen dürfen. Der Ruf nach der Kontinuität eines Arbeitszusammenhanges und nach Verbindlichkeit darf nicht in den nach anachronistischen Leistungsanforderungen und unbedingter Disziplin sich wandeln. Organisation kann für uns nicht dasselbe heißen wie für die bürgerlichen Parteistrategen,seien sie nun liberal,sozialdemokratisch oder 'revolutionär'.
Die ML-Zirkel haben da ein sehr einfaches Organisierungsverfahren entwickelt:

1. das allgemeine Ziel bestimmen (z.B. Kommunismus àla China,UdssR usw.)
2. eine revolutionstheoretische Skizze des Weges zum Endziel anfertigen (meist wird der Weg der vermeintlich erfolgreichen Revolution des jeweils ausgewählten Landes,mit modifizierenden Schnörkeln in etwa den heutigen Bedingungen angepaßt,abgepaust.)
3. organisieren,vor allem die anderen (in Massenorganisationen mit geringen Aufstiegschancen) ,aber auch sich selbst; und zwar auf einer möglichst hohen Sprosse der Hierarchieleiter.

Für uns muß Organisierung dagegen heißen: den eigenen Lebens- und Arbeitszusammenhang zu organisieren,unsere Verkehrsformen zu verändern,zu lernen,solidarisch zu kommunizieren und zu handeln und zusammen zu leben anstatt isoliert zu überleben. Wir organisieren also nicht irgendwen oder irgendetwas außerhalb von uns (das Proletariat,den Klassenkampf o.ä.) - wir haben uns selbst zu organisieren.

Die Forderung,nach Maßgabe der eigenen Interessen und Bedürfnisse sich zu organisieren beinhaltet allein noch keine positive Handlungsanweisung,wie dies im konkreten Fall zu realisieren ist.Zuerst müssen wir über eine allgemeine Bestimmung des Ziels unseres politischen Handelns hinaus versuchen zu klären,welche denn unsere gemeinsamen Interessen eigentlich sind.
In den momentanen Diskussionen neigen wir immer wieder dazu,diese Frage mit mechanistischen Vorschlägen zu beantworten. Wir reduzieren sie nämlich auf die pragmatische Frage,welches theoretisches Thema wir uns denn als nächstes vornehmen sollen. Ein solches Vorgehen verhindert aber genau die entscheidenden Lernprozesse! Fällt eine AG auseinander,weil nach kurzer Zeit die Teilnehmer ausbleiben,so haben wir bislang einfach eine neue mit anderer Thematik gegründet.Dann kamen zu der ersten Sitzungen auch wieder einige Genossinnen und Genossen - nach einiger Zeit wiederholt sich dann der 'Fernbleibeffekt' usw.,ohne daß wir uns jeh Gedanken darüber gemacht haben,warum in den Gruppen immer wieder der selbe Prozeß abläuft.Wir müssen endlich beginnen,die Bedingungen des Scheiterns genau zu untersuchen,um uns auch über unsere eigenen Bedürfnisse klar zu werden.
Über die eigenen Bedürfnisse offen und ehrlich zu diskutieren ist aber nicht so leicht,weil wir alle Angst vor den Erwartungen der Anderen haben. Aus diesen Projektionen heraus wagen wir uns nicht,Bedürfnisse,die nicht unmittelbar die Weltrevolution zum Inhalt haben,zu artikulieren.Diese Angst ist nur kollektiv zu überwinden.Einer solcher Ansatz birgt die Gefahr in sich,in gruppendynamische Selbsterfahrungsdiskussionen zu münden und damit wiederum folgenlos zu bleiben. Daher wird es nötig sein,im Zusammenhang mit den Diskussionen im obigen Sinn die Möglichkeiten einer gemeinsamen politischen Praxis zu untersuchen. Vielleicht gibt es eine Alternative zu dem bisherigen Raster,in welches sich die bisherigen Gruppen eingereiht haben. Stadtteil-Betriebs-Jugendarbeit usw. sind uns vorgegebene Arbeitsgebiete,die formal und inhaltlich definiert und begrenzt sind und an deren Grenzen niemand zu stoßen wagt. Sicher werden auch wir arbeitsteilig agieren müssen - jedoch sind wir möglicherweise fähig,die willkürlichen Grenzen der einzelnen 'Gebiete linker Politik' zu sprengen,um unseren Anspruch,alles zu wollen,auch praktisch umsetzen zu können.
Die Redaktion der Zeitung REVOLTE hat in ihrer Nr.12 eine Kritik an der WIR WOLLEN ALLES publiziert,in der genau diese "Politik der Trennungen" kritisiert wird:
"Die WWA praktiziert die Strategie der getrennten Bereiche.'Die Trennung ist das Alpha und Omega des Spektakels'(Debord). Trennung in Betriebs- und Knastarbeit, Frauen-,Stadtteil- und Studentenkampf, Jugendzentrumsbewegung usw. - das heisst Trennung von Ursache und Wirkung: hinter den scheinbaren verschiedenen Auswirkungen derselben kapitalistischen Ursachen wird die Gemeinsamkeit ins Sekundäre verdrängt. Obwohl auch von seiten der WWA immer wieder betont wird,Lebens- und Arbeitsbereich lassen sich nicht trennen,wird diese Trennung doch bis zum Exzess formal und inhaltlich strapaziert. Es wird aus den Berichten heraus kaum eine Verbindung sichtbar (ausser dem allzu globalen 'Wir sind alle angeschissen')."
Zu dem Versuch,diese Trennungen aufzuheben,das müssen wir einmal ausdrücklich

festhalten,war das Mittwochsplenum in seiner bisherigen Form ein erster wager Ansatz: die Tatsache,daß wir nie ein thematisch fest umrissenes Programm hatten,quasi "von jedem etwas bieten" konnten (mal an dieser oder jener Kampagne teilnehmen,mal dies,mal das diskutieren),war sicherlich einer der Gründe dafür,daß immer wieder Genossinnen und Genossen motiviert waren, 'mal wieder zum Plenum zu gehen'. Der einzelne 'Besucher' hatte nie die Qual der Wahl,sich für einen Bereich linker Politik festlegen zu müssen (Stadtteil-,Jugend-, Betriebsarbeit,HK,Rote Hilfe,INFO-Redaktion) Hier bestand die Möglichkeit,sich über alle Aktivitäten zu informieren.

Diesen Ansatz,dessen Zufälligkeit und Kontinuitätslosigkeit wir kritisieren,dürfen wir nicht (im Sinne einer besseren Disziplin oder Arbeitsmoral) undialektisch liquidieren. Das hieße,an den Bedürfnissen vieler Genossinnen und Genossen ignorant vorbeizugehen.

SPANNUNGEN

Wir müssen die Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Spontibewegung in verschiedenen Spannungsfeldern diskutieren:
individuelle Emanzipation - Organisation
Lust - und Realitätsprinzip
Arbeitsteilung - Kritik der Trennungen
Spass - Disziplin
Momente des Zukünftigen antizipieren - Planen

(weitere selbst einsetzen!)

Diese Begriffspaare können weder (a) durch die Liquidierung eines der jeweiligen
Die Spannung zwischen diese Begriffspaaren kann weder durch (a) die Liquidierung eines der jeweiligen Begriffe,noch durch (b) einen'Mittelweg' dialektisch und somit produktiv aufgelöst werden.
zu (a): welche Folgen z.B. die undialektische Liquidation der Studentenbewegung durch die ML-Zirkel hatte,haben wir alle gesehen.
zu (b): In Gefahr und größter Not
bringt der Mittelweg den Tod!

GeK

ABRECHNUNG UNSERES FESTES AM 9.5.75

Brutto Einnahmen.....	7375,-DM
Unkosten (Getränke,Essen,... Hausmeister,Plakate,etc.)	2830,-DM
Gewinn.....	4545,-DM

an den MUKI sind gegangen	2400,-DM
ans Chile Komitee	1200,-DM
der Rest für unsere politische Arbeit	

Dank euch und
auf das es der Tanz in einen heißen Sommer war

Euer Germanisten Kollektiv

SOLDATENPROTEST in PARIS

für eine gewerkschaft der soldaten

am nachmittag des 1.mai fand in paris die traditionelle demonstration der gewerkschaften cgt und cfdt unter anschluß der liere communiste statt, an der sich etwa 1oo ooo personen beteiligten. neben vielen ausländergruppen, darunter die vietnamesen, die die endgültige befreiung ihres landes feierten, wurden etwa 1oo soldaten zum hauptereignis, die in voller uniform mit transparenten mitmarschierten. nach französischen (wie auch nach dem deutschen) recht, ist für soldaten jede politische betätigung, auch die beteiligung an demonstrationen, streng verboten, sodaß alle soldaten gesichtsmasken tragen mußten. diese provokatorische beteiligung von sol - daten aller waffengattungen, sogar von einigen offizieren, weist erneut auf die relative stärke der französischen soldatenbewegung hin. seit dem "aufruf der hundert" in dem die soldaten vor einem jahr ihre forderungen den französischen präsidentschaftskanditaten unterbreitet haben, haben sich fast überall in den kasernen soldatenkomitees gebildet, die dort versuchen ihre forderungen durchzusetzen. die regierung versuchte im vergangen jahr die soldaten durch ein paar scheinreformen zu besänftigen, ohne jedoch ihre lage wesentlich zu ändern die forderungen sind heute nahezu unverän - dert: sold in höhe des gesetzlichen mindestlohns; gesetzliches recht auf ausgang, um damit nicht mehr von vorgesetzten erpreßt werden zu können, freien transport und abschaffung der militärgerichtsbarkeit.
die einzelnen komitees sind jedoch zerstreut und isoliert, sodaß für die soldaten die vorbedingung zur durchsetzung ihrer interessen eine einheitliche soldatengewerkschaft ist.
die beteiligung an der mai-demonstration war nicht zuletzt als aufruf an die beiden großen gewerkschaften gedacht, sich mehr als bisher für eine solche organisation einzusetzen. bisher war es nur die cfdt, die mit einigen komitees zusammenar - beitete und die plötzlich aus einer u-bahnstation h rauskommenden soldaten in ihre reihen aufnahm.
über die gründung einer solchen gewerkschaft bestehen noch einige differenzen, da nicht alle soldaten auf die initiative der großen gewerkschaften warten wollen und für eine n zusammenschluß der soldatenkomitees zu einer gewerkschaft eintreten, die meistgeru - fene parole zeigte, daß sie sich über eins jedoch einig waren: "soldat, unter der uniform bleibst du ein arbeiter.

(aus ID/LIB)

1. RÄTEKONGRESS in PORTUGAL

Wir drucken im folgenden ein Interview ab, das die seriöse - der PPD nahestehende - Wochenzeitung ESPRESSO kurz vor den Wahlen am 25. April, anlässlich des 1. Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte (CR) in Lissabon gemacht hat. Auf diesem Kongress fanden sich gerade auch die - aus der Einheitsgewerkschaft INTERSINDIKAL ausgeschlossenen und neu radikalisierten - Arbeiter der Arbeiterräte und -kommissionen (CT) ein.

Die Räte selbst entstanden aus den Widerstandsformen gegen den Putschversuch vom 11. März. Hieraus ergibt sich auch ihre spezifisch auf Arbeitermilizen ausgerichtete Zielsetzung. Dieser Deligiertenkongress, an dem 500 Deligierte teilnahmen, stellt einen ersten Anfang dar. Ihr Einfluß ist noch gering.

"Die Soldaten sind im wesentlichen aus der Lissaboner Region, die Arbeiter von Lisnave und Stenave (die größten Werften in Lissabon), Standard Electric und TAP (Fluggesellschaft):

Arbeiter: Die revolutionären Räte (CR) sind Klassenorgane, gewählt durch die Klasse und setzen sich im wesentlichen zusammen aus drei Gruppen:: den Arbeitermassen, Soldaten und Matrosen und revolutionären Offizieren. Die aktuelle Situation ist in eine politische Sackgasse geraten. Man hatte sich für einen sozialistischen Weg entschieden, aber die alten Verhältnisse werden eher weiterbewahrt. Wenn es so weiter geht, daß man nicht weiß, wohin man will, und wie, wird man in eine Falle laufen. Insofern stellen die Räte eine Antwort der Klasse des Proletariats dar, die die Notwendigkeit sieht, sich so zu organisieren.

Soldat: Die revolutionären Räte treten wie eine Macht der Arbeiter gegen die Macht der Bourgeoisie auf.

Espresso: Wie treten sie auf?

S: In Großunternehmen, militärischen Einheiten, in Fabriken, auf lokaler Ebene. Der Prozeß schreitet voran, jetzt bilden sich die ersten proletarischen Mieterräte.

A: Dieser heutige Kongress wurde auf dem Plenum des letzten Wochenendes beschlossen, wie auch die Gründung eines provisorischen Sekrätariats, das schon ein Manifest herausgegebeb hat, das in Fabriken und Kasernen verteilt wurde und das auffordert, die größtmögliche Zahl von Genossen und CT's zu diesem ersten Kongress zu entsenden. Dieser Kongress hat zum wesentlichen den Inhalt, unsere genauen Ziele zu definieren. Wir verstehen diesen Kongress als Initialzündung für die weitere Bildung von revolutionären Räten.

E: Wer kann an diesem Kongress teilnehmen?

A Dieser Kongress steht allen offen, die teilnehmen wollen, von den Fischergenossen über die Landarbeiter- und Fabrikarbeitergenossen bis zu den Soldaten, unabhängig von den Parteien denen sie zufällig angehören. Was das Parteiwesen betrifft, so sehen wir heute keine Partei, die sich wirklich Partei der Arbeiterklasse nennen könnte. Wir gehen sogar davon aus, daß niemals so eine Partei existieren wird, oder etwa eine, die die Klasse repräsentiert. Wir glauben, daß es eine revolutionäre Partei geben wird im Dienste der Arbeiterklasse, aber es wird die Klasse sein, die aus ihren Kämpfen heraus Genossen deligieren wird, diese zukünftige Partei zu bilden. Niemals werden wir akzeptieren, daß eine Partei sich über die Klasse stellt und versucht, die Basis zu kontrollieren oder etwa zu lenken. Wir gehem davon aus, daß die revolutionären Räte durch ihre zukünftige Entwicklung den Embryo dieser Partei darstellen. Aus ihnen geht die zukünftige Partei hervor, die wir uns vorstellen.

E: Wie funktionieren die Räte in den Kasernen?

S: Nach dem 25. April gab es auch in den Kasernen eine Reihe von Forderungen, Forderungen, die früher oder später beachtet wurden. In dem heutigen Moment handelt es sich aber nicht mehr darum, mehr zu fordern, irgendetwas zu fordern, heute geht es um die Macht. Wenn wir immer so fortfahren würden, nur Forderungen aufzustellen, kommen wir an den Punkt, an dem man nichts mehr innerhalb der bürgerlichen Armee fordern kann. Deswegen stellt sich für uns nicht mehr das Problem der Forderungen. Vorher stellt sich das Problem der Macht. Die revolutionären Räte innerhalb der Kasernen stellen eine Macht der Soldaten dar, die sich widersetzen dem Befehl der Einheiten und die parallel dazu, in den Großunternehmen, als Organe der Arbeiterklasse, sich den Unternehmensverwaltungen widersetzen. Die Frage, die sich den Genossen Soldaten innerhalb der Kasernen stellt, ist, daß sie nichts anderes mehr fordern können als die Macht. Es geht darum, die Macht der Arbeiter und Soldaten zu errichten. Nur das kann u.a. zu einer Neustrukturierung der Einheiten führen. Für uns steht fest, daß die heutigen Einheiten im entscheidenden Augenblick eine Klassenwahlentscheidung treffen, d.h. so, wie sie zusammengesetzt sind, die Rechten und die Macht der Bourgeoisie verteidigen werden.

E: Wie werden die großen Generalversammlungen innerhalb der Einheiten einberufen? Werden nur die Soldaten angesprochen oder können auch die Offiziere teilnehmen?

S: Die Generalversammlung setzt sich nur aus Soldaten zusammen. Wenn von dieser Versammlung ein Sergent oder ein Offizier hinzugezogen wird, so heißt das, daß er das Vertrauen der revolutionären Soldaten und Arbeiter genießt. Wir gehen davon aus, daß die Räte Klassenorgane sind und alle Teilnehmer einen konsequenten Klassenstandpunkt vertreten.

E: Sind auf diesem Kongress auch revolutionäre Soldatenräte vertreten?

S: Nein, organisierte Soldaten der CR werden nicht auftreten. Sie können, denn es gibt schon zahlreiche Soldaten-Kommissionen, die im Sinne des Kongresses arbeiten, die pro-CR sind. Diese Soldaten-Kommissionen treiben innerhalb der Kasernen den politischen Kampf voran, mobilisieren und organisieren. Es ist üblich geworden zu sagen, die MFA sei der Motor der Revolution. Die CR sagen aber immer, daß die Arbeiter und nicht die MFA der Motor sind.

E: Hat das prov. Sekretariat der CR Leute von der MFA, von COPCON oder von Parteien engeladen? Werden sie teilnehmen?

S: Wenn sie nicht teilnehmen, so werden sie uns wenigstens aufsuchen, aus Neugierde, um zu sehen, was hier passiert. Wir haben sie wohl kaum an den Tisch des Kongresses gebeten, sondern nur deswegen bzw. damit sie mit Leuten von uns, die damit beauftragt wurden, Kontakt aufnehmen können.

E: Welche Haltung beziehen die CR gegenüber dem sog. reformistischen Kommunismus?

S: Was den anbetrifft, so ister offensichtlicher Bestandteil der Parteienkämpfe. Da die CR die Diktatur des Proletariats anstreben, die Klassendiktatur, strebt sie nicht die Diktatur dieser oder jener Partei, sei es auch im Namen dieser Klasse, an. Der Kommunismus - in seinem Wesen - erlaubt nicht, daß ein Grüppchen von Leuten alle anderen anführen.

E: Welches sind die Resultate, in diesem Moment, des Funktionierens der CT in den Großunternehmen? Welche Schwierigkeiten gibt es?

A: Um unseren Ansatz noch einmal zu verdeutlichen: Die CR versuchen, den Arbeitermassen eine politische Perspektive aufzuzeigen, aus der aktuellen politischen Situation heraus zu kommen, die politische Blockade, die wir in diesem Moment erleben

in dem niemand sagen kann, wer wirklich die Macht hat, zu brechen. **Die Macht** ist tief gespalten, zwischen den Kapitalisten und anderen reformistischen Tendenzen, die sich auf die Arbeiterklasse beziehen und in Wirklichkeit garkeine Politik für diese Klasse machen. Die CR treten deshalb in diesem Moment auf, um das Brechen dieser Blockade zu forcieren. Sie treten auch als Notwendigkeit der Klasse für die lohnabhängigen Massen auf, damit sie sich besser organisieren und verteidigen können, gegen den Putsch, den die Bourgeoisie in jedem Moment versuchen kann. Deswegen setzen sich die CR für die sofortige Mobilisierung gegen die Repression ein, gegen den möglichen Putsch der Bourgeoisie. In der ersten Etappe treten die CR als Selbstverteidigungsorgane auf. Mit der weiteren Entwicklung dieser CR und mit den von ihnen entwickelten Perspektiven, die sie erarbeiten, werden sie sich zunehmend gegen die gegenwärtige Machtstruktur behaupten müssen, bis sie selbst die Macht ergreifen. In dieser Phase müssen sich die Fabrikarbeiter, Bauern, alle Ausgebeuteten erheben, sich bewaffnen. Das letztere sind sie auch schon zum Teil in der Verteidigungsphase. Wir sind überzeugt, daß die Machteroberung durch das Proletariat nur mit Gewalt gegen die Bourgeoisie erlangt werden kann. Die Konfrontation ist unvermeidbar. Es gibt keinen anderen Weg. Es gibt keinen friedlichen Weg, es gibt keinen Weg, über Wahlen an die Macht zu kommen. Arbeiter können sich nur durch ihre eigene Gewalt nehmen, was man ihnen gewaltsam vorenthält.

E: Wie meint ihr das, daß die Arbeiter sich bewaffnen müssen?

S: Indem die Arbeiter- und Soldatenräte so eng wie möglich zusammenarbeiten, können sich die Arbeiter mit Hilfe der Soldaten bewaffnen.

A: Wir werden nicht an irgend welche Leute Waffen ausgeben. Das wird durch die CR kontrolliert. Wer Waffen trägt, ist Sache der CR und wird von den Fabrik- und Soldaten-Räten beschlossen, das ist die einzige wirkliche Kontrolle. Ich will noch einmal zusammenfassen, was wir in unserem Manifest sagen: Wir schlagen eine sozialistische Revolution vor, die notwendigerweise eine radikale Transformation auf der Ebene der Produktion und alle diese begleitende Prozesse impliziert. Wir sagen auch, das wird deutlich, daß die militärischen Strukturen, wie sie heute existieren, für den revolutionären Prozeß eine große Gefahr darstellen und daß das Proletariat selbst eine radikale Veränderung der militärischen Strukturen herbeiführen muß, sie müssen umgedreht werden, sodaß eine Armee des Proletariats, für diese Klasse draus wird, das man dann Volksheer nennen könnte.

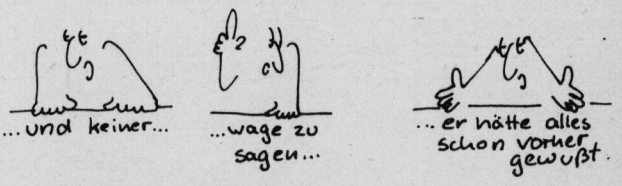
E: Seid ihr genügend vorbereitet, der ganzen Reaktion die Stirn zu bieten, ihre ganzen vorhandenen Machtstrukturen, Parteien u.s.w.?

A: Wir sagten doch schon, wenn die Arbeiterklasse nicht voranschreitet, nicht den Kampf gegen die Bourgeoisie aufnimmt, wird die Rechte, die Putschisten, in diesem Moment der Sackgasse, mit Sicherheit die Macht durch einen Gegenputsch (gegen den 25.) an sich reißen. Deswegen stellt sich dem Proletariat das Problem so klar: es muß Fortschritte machen in der Radikalisierung, Organisierung, denn in der einen oder anderen Form, organisiert oder desorganisiert, wird es in die unvermeidliche Konfrotation mit der Bourgiosie gezwungen.

E: Ihr sprecht von der Rechten. Wer sind in dem aktuellen politischen Raum die Rechtskröfte für Euch?

S: Für uns existiern Kräfte der reformistischen Linken, prokapitalistische und kapitalistische Kräfte im bürgerlichen Lager, auf der Ebene der politischen Parteien. Wenn wir sagen, daß die Rechte putschen wird, so sprechen wir nicht in Parteitermini. Am 28. September gab es z. B. viele Parteien, von denen alle sagten, daß sie faschistische Parteien seien, Parteien der Kapitalisten, was bewiesen werden konnte, sie sind faktisch bloßgestellt. Es gibt eine Reihe von Parteien, die sich selbst für die Avantgarde des Proletariats ausgeben, die vorgeben, die ganzen Unbewußten zu vertreten und die nicht aufhören "Partei zu spielen" und die dadurch eine große Verwirrung in die Arbeiter tragen. Darüberhinaus sind alle politischen Perspektiven, die sie als Ausweg aus der Sackgasse propagieren, reformistische Perspektiven, die uns in keinem Fall weiterhelfen, die nur kurzfristig die aktuelle Situation stabilisieren können. Das klarzumachen, ist eine wichtige Aufgabe der CR, bzw. der CT. Die Einladungen, die wir verschickt haben, gingen natürlich nicht an die CDS und PPD.

A: Mir scheint noch ein anderer Punkt sehr wichtig zu sein. Wir wollen keine Führer der Revolution sein. Wir Arbeiter und Soldaten, die sich heute hier treffen, denken, daß wir einen wichtigen Beitrag leisten können, für die Entfesselung der zahlreichen Genossen, die heute nicht wissen, wie es weitergehen soll."



Letzte Meldung:
General de Carvalho hat bestätigt - wie die Süddeutsche Zeitung vom 15.5. mitteilt -, daß in Portugal bewaffnete Kampfgruppen bestehen, die in bestimmten Fällen gemeinsam mit der regulären Armee eingesetzt werden können. Diese Kräfte rekrutieren sich vorallem aus der "Liga der revolutionären Aktion" (LUAR) und der "Revolutionären Proletarischen Partei" (PBR-BR), die "auf Grund ihrer Vergangenheit im Widerstand und antifaschistischen Kampf mächtige Verbündete" sind. Er setze auf ihre enge Zusammenarbeit der Armee in "kritischen Augenblicken".

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS DO MUNDO, UNI-VOS!

Revolução

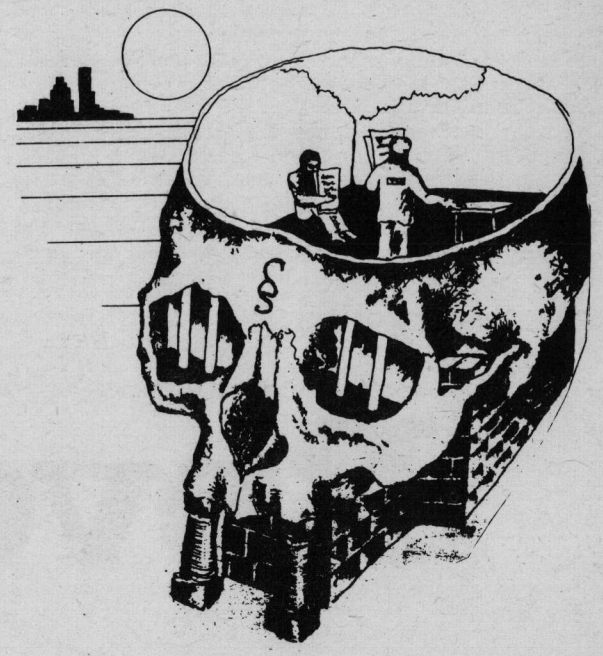
ROTE HILFE INFORMATION

was einem in unserer freiheitlich-demokratischen grundordnung alles passieren kann und wie gerecht und unabhängig unsere justiz ist, zeigt die geschichte von dieter hänisch.der 36-jährige rohrlegerhelfer stand am montag, dem 12.5.,vor gericht.die vorkommnisse,die dazu führten,wurden im september letzten jahres vom häftlingskollektiv schon mal im info geschildert:
am 6.januar 1974 reparierte dieter gegen 20 uhr den fußboden seiner kreuzberger wohnung. das unvermeidliche hämmern veranlaßte eine mieterin die polizei zu rufen.hänisch öffnete und die polizeioberwachtmeister praus und behrend stürzten in die wohnung.einer zog die nicht durchgeladene pistole und drückte ab. als der polizist die pistole durchlud und ein zweites mal auf dieter h.anlegen wollte, ergriff d ieser,nunmehr in panik geraten, sein zimmermannsbeil und forderte den polizisten auf,die pistole einzustecken.der polizist tat dies und hänisch legte das beil auf den boden.in diesem augenblick stürzten sich beide polizisten auf ihn und schlugen ihn zusammen.als er hilflos auf dem boden lag traten sie überdies mit füssen auf ihm herum und schlugen ihm sein eigenenes beil vor den kopf dann schafften sie ihn in eine zelle des polizeireviers 108,wrangelstrasse.trotz der offensichtlich schweren verletzungen und trotz seines häufigen bittens wurde dieter hänisch erst nach 3 stunden ins urban-krankenhaus gebracht.dort wurden außer schweren prellungen und der kofwunde ein zertretener hoden festgestellt.dieser mußte sofort operativ entfernt werden.aus angst vor den konsequenzen ihres brutalen einsatzes(ihnen drohte eine anzeige wegen schwerer körperverletzung und mißhandlung)drehten die polizisten die tatsachen einfach um und stellten ihrerseits anzeige wegen versuchten totschlags.
seitdem sitzt er im knast.die notwendige stationäre behandlung in einem krankenhaus wird ihm verweigert,er kann kaum noch sehen. damit er im knast spurt,gibts dort auch prügel.
zur juristischen absegnung des ganzen fand dann jetzt der prozeß statt.für das gericht war das alles sehr einfach:hänisch,"ein bedauernswerter,vom schicksal benachteiligter mensch,der immer rot sieht,wenn ein polizeibeamter erscheint",wollte mit dem beil auf die polizisten schlagen.da das,was polizeibeamte aussagen,ja immer stimmt,bekam häniach drei jahre knast aufgebrummt.die tatsache,daß dieter von den bullen zusammengeschlagen und ziemlich verletzte wurde,interessierte das gericht nur insofern,als es zum urteil ausführte:"hätte der angeklagte keinen gesundheitsschaden davongetragen,hätte eine doppelt so hohe strafe verhängt werden müssen". dazu ist wohl jeder kommentar überflüssig.
vorsitzender des schwurgerichts war der ehrenwerte richter am landgericht PAGEL.

suchanzeige
eine gefangene in der lehrterstrasse sucht informationsmaterial über begabtenabitur? wer auf dem gebiet ahnung und material hat soll sich mal beim rh-bürodienst melden. (mittwochs zwischen 18 und 20uhr,telefon 395 8083 oder 395 6139)
eine leichte schreibmaschine wird ebenfalls gesucht,dafür gibts eine schwere alte maschine.sie ist noch tadellos in ordnung,aber fürn knast zu schwer.

STUTTGARTER PROZESS

dass am mittwoch der prozess gegen die genossen baader,ensslin,meinhof und raspe beginnt,wird wohl inzwischen jeder mitgekriegt haben.die ganze presse ist voll von berichten,am mittwochabend gibts im fernsehen schon einen dreiviertelstündigen bericht.wir wollen hier nicht viel dazu sagen;wir meinen,die ganze vorbereitung und die begleitumstände des prozesses sprechen schon für sich:
jahrelange untersuchungshaft-isolationshaft der angeklagten genossen
publizistische hetzkampagne und vorverurteilung(bundeskanzler schmidt redet von "skrupellosen gewalttätern" und "banditen".ihn und fast die gesamte presse kümmert es einen dreck,daß laut grundgesetz ein angeklagter solange als unschuldig zu gelten hat,bis er rechtskräftig verurteilt worden.ist.die verteidiger der fdgo brauchen sich an diese nicht zu halten.)
bau eines eigenen 14-millionen prozessbunkers und sicherheitsmaßnahmen bis ins letzte
verteidigerbehinderungen und-ausschlüsse
eigene gesetze für diesen prozeß(veränderung der strafprozessordnung,verteidigerausschlußgesetz - siehe info nr.42)
der staatsapparat will einen "rechtsstaatlichen" prozess vorführen,was aber in stuttgart-stammheim ablaufen wird,ist eine farce. ein schauspiel,wo "unabhängige"richter nur noch absegnen sollen, was eh feststeht.diesen ganzen wirbel macht man nicht,um nachher freisprüche zu fällen.rauskommen sollen lebenslange haftstrafen für die angeklagten. diese werden bei dem spiel nicht mitspielen. richter,staatsanwälte und zwangsverteidiger sollen unter sich rummauscheln,wir helfen ihnen nicht dabei,den schein einer unabhängigen,rechtsstaatlichen justiz aufrechtzuerhalten
wir finden es allerdings wichtig über diesen prozess und seine konsequenzen für die linke zu diskutieren.
innerhalb des verteidigungskomitees ist eine initiative für eine diskussionsveranstaltung ende nächster woche zum prozeß ergriffen worden.eine solche veranstaltung soll von möglichst vielen gruppen gemeinsam getragen werden.

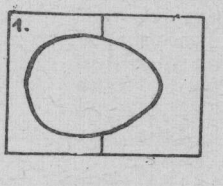


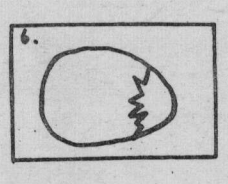
HAUSNER'S TOD

am freitag den 25.4.75 wurde gemeldetet, daß siegfried hausner bei dem angriff auf die deutsche botschaft in stockholm 40% hautverbrennungen erlitten hatte und in e ein stockholmer krankenhaus eingeliefert wurde. nach 3 tagen wurde er trotz des protests der behandelnden ärzte nach stuttgart-stammheim in die intensivstation transportiert.
am sonntag, den 4,5. starb er morgens gegen 8 uhr. in den darauf folgenden meldungen war zum erstenmal die rede davon, daß hausner außer den verbrennungen auch noch mehrere schädelbrüche hatte. am 6.5. schrieb die frankfurter rundschau, daß er an den folgen eines toxischen lungenödems gestorben sei. im gleichen artikel befand sich das zitat eines schwedischen arztes, wonach die auslieferung hausners ein "reines todesurteil" darstelle. dem schließen wir uns an und wollen einige weitere überlegungen anstellen.
hausners tod zeigt ähnlich wie im falle holger meins, daß eine immer stärker verschiebung der macht von der justiz aufs BKA erfolgt. in dem maße, in dem schauprozesse nicht mehr nötig sind, da sie keine zerstörten, abschwörenden revolutionäre vorzeigen können, geht die entscheidungsgewalt über gefangene revolutionäre an das bundeskriminalamt über. dieses entscheidet direkt über leben und tod der gefangenen. damit dürfte auch klar sein wie die "intensiven bemühungen" der gefängnisärzte bei hausner aussahen.
mit dieser entwicklung geht eine immer stärker hetze (massenmedien) einher, die sich gegen alles richtet, ws nach revolutionärer aktion und propaganda riecht. zweck dieser hetze ist einmal, sich die loyalität der bevölkerung für alles was die "da oben" machen, auch weiterhin und höherem ausmaß zu sichern, abzulenken von der wirtschaftlichen krise, zu mobilisieren für den heiligen krieg aller gegen den "terrorismus". andererseits soll durch diese hetze eine entsolidarisierung in der linken erreicht werden (BKA-jargon: den fischen das wasser abgraben).
große teile der bewegung resignieren, wenn sie die auswirkungen von bild-zeitung usw. auf die massen sehen und machen garnichts, und diejenigen, die was machen, werden schnell vom bka kriminalisiert und isoliert. wenn carstens sagt, daß diejenigen, die verbal mit den aktionen der "terroristen" sympathisieren genauso zu verfolgen sind wie der harte kern, so heißt das nichts anderes als daß "terroristen" und sympathisanten gleichgesetzt werden. auf alle trifft somit der satz von mischnik zu: "sie sind nicht links, sie sind nicht rechts, sie stehen außerhalb der freiheitlich-demokratischen grundordnung" und sind deshalb zum abschuß freige - geben.

rote hilfe wiesbaden

VOM VERFASSUNGSTAAT ZUM VERFASSUNSSCHUTZSTAAT





Der Senator für Inneres 27. 2. 1975
An das
Bezirksamt von Berlin
Abt. Volksbildung

Betr.: Verwendung als Assessor des Lehramtes;
hier: Reiner F.
Vorgang: Ihre Anfrage vom 17. Januar 1974

Der Obengenannte war Mitglied der „ad-hoc-Gruppe OSI" (Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität) und ist oder war Mitglied des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB).

In den Jahren 1968 und 1969 kandidierte er anläßlich der Wahlen der studentischen Vertreter zum Institutsrat am OSI und wurde beide Male gewählt (siehe Anlagen 1 und 2).
Herr F. gehörte zumindest 1969 zum Vorstand des am 26. Februar 1969 gegründeten „Vereins Berliner Wohngemeinschaft". Dieser Verein dient laut Satzung der Wohnraumbeschaffung für Studenten. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß ein Großteil der Vereinsmitglieder hier als aktive Anhänger verschiedener Gruppen der Neuen Linken bekannt ist.
Herr F. beteiligte sich in den Jahren 1968/69 aktiv am politischen Geschehen am OSI, und zwar im Sinne des SDS. 1970 bestätigte er sich führend im Sozialistischen Arbeitskollektiv am OSI (SAKO).
In der als Anlage 3 beigefügten Selbstdarstellung der SAKO wird auf Seite 4 die PEI erwähnt. Aus dem ebenfalls beigefügten Bericht über die Proletarische Linke / Parteiinitiative (PL/PI) sind die Zusammenhänge zu ersehen. Die PL/PI hat sich Ende 1971 aufgelöst.
Herr F. beteiligte sich am 10. Juli 1968 an der Besetzung des Rektorats der FU. In diesem Zusammenhang wurde er am 17. November 1968 vom Landesgericht Berlin vom Vorwurf des Hausfriedensbruchs freigesprochen — Az. 1 P Ms 39/69 —.

Ein bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin wegen Verdachts der Beamtennötigung — Störung einer Vorlesung an der Juristischen Fakultät vom 8. Mai 1969 — anhängig gewesene Ermittlungsverfahren wurde am 9. Juni 1970 aufgrund des Straffreiheitsgesetzes 1970 eingestellt — Az. 2 P Js 1184/69 —. ...

Im Auftrage

Bezirksamt ... von Berlin
Abt. Volksbildung

Herrn Reiner F.
Vbildg I D 2 Zimmer-Nr. 374 6. März 1974

Sehr geehrter Herr F.
Bezugnehmend auf Ihre Bewerbung um Einstellung in den Schuldienst unseres Bezirks vom 12. 12. 75 müssen wir Ihnen mitteilen, **daß zur Zeit an ... Schulen** kein Bedarf für Assessoren des Lehramts mit den Fächern Sozialkunde (Politologie) und Geschichte besteht. Wir bedauern, Ihnen dies mitteilen zu müssen und bitten um Ihr Verständnis.

Hochachtungsvoll
...
Stadtrat für Volksbildung

An alle INFO-Schreiber: Spaltenbreite = 11,5 cm

aus: "BLZ" 5/75

EINREISEVERBOT

wir, 6 neuköllner genossen, wollten ostberlin, das herz des sog. sozialismus, am pfingstmontag zum baden besuchen. wir wollten als gruppe rübergehen - und irgendwie kamen wir den vopos verdächtig vor. besonders eine genossin (mag's an den roten haaren gelegen haben?) hatte von anfang an schwierigkeiten. wir anderen warteten vor der zollsperre. auf befehl eines 'genossen' oberleutnants' mußten wir in einem abgetrennten raum alles aus den taschen packen, was wir bei uns hatten. eine andere genossin mußte sich ausziehen. die genossin, die sie besonders auf dem kieker hatten, wurde in eine der zahlreichen kabinen gebracht. wir sahen sie über eine halbe stunde nicht und wußten auch nicht, was mit ihr passierte. wir anderen wurden in einen abgetrennten raum beordert. ab- und zu wurden wir nach büchern und zeitschriften gefragt. ein roter kalender wurde beschlagnahmt. auf fragen, warum wir in dem raum warten müßten, wurde geantwortet 'darum', 'das ist nun mal so', usw.
nach einer ganzen weile wurden wir einzeln in eine kabine gerufen und fotografiert, ohne begründung, von vorn und von der seite, zum teil auch die ausweise.
zum schluß wurde uns offeriert, daß und die einreise in die ddr nicht gestattet wird. eine begründung wurde nicht gegeben, man tat es ab mit 'dazu sind wir nicht verpflichtet'.

Genossen, die angst vor dem linksradikalismus sitzt den ddr-behörden im nacken. sie reagieren seit neuestem auf leute, die irgendeinen linken anschein erwecken, aggressiv, unsicher und aufgeschreckt. d.h. die kontrollen werden schärfer. in der stunde, wo man uns festhielt, wurden etliche leute auf dem übergang friedrichstraße streng kontrolliert (viel mehr als früher!), konnten dann aber durch.
U N S E R R A T S C H L A G: wenn ihr in gruppen rübergehen wollt, geht einzeln oder zu zweit - und dann in längeren abständen. nehmt sichts mit, was auch nur den hauch von verdacht erwecken könnte, laßt alles zu hause, was ihr nicht braucht: zeitungen, bücher, notizbücher, zettel (räumt die taschen vorher gründlich aus!), laßt die roten sterne und sonstigen plakettchen zu hause, laßt euch nicht ausfragen.
sagt freunden und genossen bescheid, wann ihr rübergeht, hinterlaßt namen, anschrift, personalausweisnummer.

neuköllner genossen

EINTRITTVERBOT

LEHRREICHES RESOZIALISIERUNGSBEISPIEL
Seit beginn der spd-regierung ließt man allenhalben in den zeitungen von der mühe, die sich die spd/fdp koalition macht, um strafgefangene zu resozialisieren. eine reform jagt die andere, den gefangenen ging es besser und besser-man war versucht, den urlaub im süden abzusagen und stattdessen 2-3 wochen im knast zu verbringen.
verwundert berichten nun die zeitungen vom jüngsten beispiel sozialdemokratischer resozialisierung: frau renger verbietet jugendlichen strafgefangenen den bundestag zu besuchen!
aber frau renger, so geht das nicht. sie müssen doch wenigstens den schein wahren. sie haben sich doch solche mühe gegeben, den leuten glauben zu machen, daß sie der wirkliche bewahrer der demokratischen grundordnung sind und nun werden sie auf ein mal ehrlich und sagen, was sie von den gefangenen wirklich halten. das sie menschen zweiter klasse sind und sie selbst nicht an ihre eigenen strafrechtreformen glauben. wie könnten sie sonst behaupten oder zumindest vermuten, resozialisierte gefangene könnten im bundestag zu störern werden. entweder sind sie resozialisiert, dann werden sie auch keinen bundestag stören oder sie sind es nicht, dann sind ihre ganzen reformen für die katz. oder wissen sie viel leicht das im bundestag soviel scheiße verzapft wird, daß die gefangenen grund zum stören hätten.
frau renger, wir müssen ihnen dank sagen. dank dafür, daß wenigstens sie so ehrlich waren und damit jenen zweiflern auf die sprünge helfen, die bei uns noch etwas recht staatlichkeit entdecken wollen.

Um das Ansehen besorgt

Die Tribüne des Bonner Bundestags bleibt zehn Jugendlichen der Strafvollzugsanstalt Siegburg vorerst versperrt. Wir veröffentlichen im Folgenden den Brief des Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik (SPD) an die Bundestagspräsidentin Annemarie Renger (SPD) im Wortlaut:

Etwa zehn Jugendliche der Jugendstrafanstalt Siegburg möchten im Mai zu einer Plenarsitzung und anschließender Diskussion mit Abgeordneten nach Bonn kommen; für das Gespräch haben sich der Genosse Hugo Brandt, MdB, und ich bereits zur Verfügung gestellt. Alle zehn Gefangenen sind Mitglieder einer Vorbereitungsklasse für den Hauptschulabschluß und sind an dem Besuch vor allem als Ergänzung zum politischen Unterricht interessiert.

Die Gruppe soll von einem Vollzugsbeamten und zwei Lehrern begleitet werden. Weil es gerade für junge Gefangene wichtig ist, mehr Einblick auch in die politischen Zusammenhänge unserer Gesellschaft zu gewinnen, bitte ich Dich, den Besuch zu genehmigen und den Sicherheitsbeauftragten des Bundestages

zu ersuchen, auch seine möglichen Bedenken zurückzustellen. Eine schriftliche Genehmigung ist für die Anstaltsleitung erforderlich, um die notwenigen Schritte auch beim Justizvollzugsamt in Köln einleiten zu können.

*

In ihrer Antwort schreibt Annemarie Renger:

Ich habe die Frage eines Besuchs der zehn Strafgefangenen aus der Jugendstrafvollzugsanstalt Siegburg im Bundestag sehr gründlich geprüft. Hierbei habe ich mich nicht nur auf die Argumente gestützt, die in dem in Ablichtung beigefügten Verwaltungsvermerk dargelegt worden sind. Vielmehr mußte ich dabei auch berücksichtigen, daß eine möglicherweise negative Pressereaktion auch das Verständnis in der Bevölkerung für die sonstigen Resozialisierungsbemühungen beeinträchtigen könnte.

Ich hoffe, Du wirst dafür Verständnis haben, daß ich nach Abwägung aller Vor- und Nachteile Deines Vorhabens doch zu einer ablehnenden Entscheidung kommen mußte.

Herr Roth von der Jugendstrafvollzugsanstalt Siegburg ist inzwischen von meinem Büro hierüber informiert worden. Er ist zugleich gebeten worden, Dir und Hugo Brandt zu empfehlen, das vorgesehene Gespräch mit den Strafgefangenen in einem nicht zum Parlamentsbereich gehörenden Raum (z. B. Parlamentarische Gesellschaft) durchzuführen.

*

Der Aktenvermerk der Bundestagsverwaltung die auch vom Direktor mitabgezeichnet ist, lautet:

Betr.: Strafgefangene als Zuhörer im Plenum

Die Zulassung einer geschlossenen Gruppe von Strafgefangenen auf der Publikumstribüne bedeutet ein erhebliches Sicherheitsrisiko für den ordnungsgemäßen Ablauf der Plenarsitzungen. Dieses Risiko kann durch eine Zusage der Leitung der Strafvollzugsanstalt, daß sie die Verantwortung für das Verhalten der Gefangenen übernehme, nicht ausgeschlossen werden. Strafgefangene leben, wie sich aus der Natur der Sache ergibt, in einer Ausnahmesituation und müssen hinsichtlich ihres Verhaltens mit anderen Maßstäben gemessen werden.

Eventuelle Störungen können daher mit Sicherheit nicht ausgeschlossen werden. In einem solchen Falle würde man mit Recht die Verwaltung zur Rechenschaft ziehen, ganz zu schweigen von der Reaktion der Öffentlichkeit.

Ich kann mir kaum vorstellen, daß andere Zuhörer oder gar die Eltern von Jugendlichen, die sich zur gleichen Zeit auf der Tribüne befinden würden, irgendein Verständnis für die Anwesenheit einer Gruppe von Strafgefangenen aufbringen würden.

Abschließend möchte ich feststellen, daß der eventuelle Vorteil eines Plenarbesuchs im Sinne der Resozialisierung nicht das vorgenannte Risiko mit allen möglichen negativen Auswirkungen für das Ansehen des Parlaments im weitesten Sinne aufzuwiegen vermag.

Aus den genannten Gründen würde ich daher den beabsichtigten Besuch ablehnen.

FR

Massenentlassungen in WESTBERLIN ?

kurz nach der regierungserklärung des neuen westberliner senats hauen die unternehmer zahlreichen berliner arbeitern und angestellten eins in die fresse, daß es so richtig kracht:

innerhalb eines jahres sollen insgesamt etwa 1 000 beschäftigte von 3 firmen entlassen werden, und die unternehmer scheuen sich nicht einamal mehr, dies in form von massenentlassungen durchzuführen.

"Die Möglichkeit einer Erhöhung der Gebühren und Tarife hat der Regierende Bürgermeister Schütz erneut angekündigt."
(Tagesspiegel 13.5.75)

NCR will in Berlin über 400 Beschäftigte entlassen

die belegschaft des neuköllner werkes der National Registrier Kassen GmbH (NCR), eine tochter des amerikanischen konzerns, soll innerhalb einer noch unbestimmten zeit von ca. 830 auf 240 beschäftigte reduziert werden.
NCR begründet diesen 'schritt' mit der verlagerung der elektronischen fertigung ins hauptwerk nach augsburg, sowie mit der weiteren umstellung der produktion von der mechanik zur elektronik. diese verlagerung werde auch deshalb notwendig, weil die forschungs- und entwicklungsabteilung bereits 1971 verlegt wurde. das berliner werk war damit zu einem reinen montagebetrieb geworden.
in neukölln werden die übrigbleibenden ca. 240 beschäftigten v.a. für serviceaufgaben und die produktion von papierrollen (?!) gebraucht.
1970 waren bei NCR noch 1 800 leute beschäftigt, im märz 72 nur noch 1396.

Allein im letzten Jahr ging der Bestand an Handwerksbetrieben in unserer Stadt um 438 zurück. 3138 Arbeitsplätze gingen dabei verloren. In den letzten 10 Jahren schmolz die Zahl der Handwerksbetriebe sogar um ein Drittel.

Schließung des Berliner Werkes von Adrema geplant

600 Beschäftigte betroffen

die tiergartener adressiermaschinenfabrik Adrema-Pitney-Bowes GmbH (amerik.) soll geschlossen werden. hier werden 400 beschäftigte ihren arbeitsplatz verlieren.
begründet wird die schließung des berliner werkes mit der verlagerun g der produktion ins hauptwerk nach heppenheim, wo schon seit jahren die produktion ausgebaut wurde, gleichzeitig in berlin jedoch verringert wurde.
laut IG-Metall arbeiten heute bei Adrema etwa 400 menschen, während es 1970 noch 1 400 waren.

Aus dem Jahresbericht 1974 der Industrie- und Handelskammer (IHK) zur Situation der Berliner Wirtschaft

Die industrielle Nettoproduktion je Beschäftigter erhöhte sich in den letzten 12 Jahren in Berlin um 115 %, in Westdeutschland nur um 80 %. Die Industrieumsätze je Beschäftigter stiegen in der gleichen Zeit in Berlin um 186 %, in Westdeutschland nur um 138 %. Auch bezüglich des Ivestitions-Aufwandes je Beschäftigter braucht die Berliner Wirtschaft den Vergleich mit Westdeutschland nicht zu scheuen. Mit 4770 DM je Beschäftiger liegt der Berliner Investitions-Aufwand heute 10 % über dem westdeutschen Investitions-Aufwand je Beschäftigter.

„Aber, aber – Sie können mich unmöglich feuern! Ich bin auf dem Weg nach oben!"

AEG berät über Einschränkungen und Belegschafts-Verringerung

etwa 100-[illegible] beschäftigte der belegschaft von AEG-Telefunken in wedding sollen entlassen werden. betroffen ist der fachbereich motoren. die kleinstmotoren-produktion soll mit dem werk in oldenburg "verknüpft" werden, was nichts anderes als eine verlagerung in die brd bedeutet. begründet wird dies von der firmenleitung mit unausgelasteten kapazitäten des oldenburger werkes (50-60 %). die se situation - und weil eine besserung der lage nicht abzusehen sei, - müsse man entgegentreten - und entlassen.
derzeit sind im werk in der ackerstraße etwa 1 050 menschen beschäftigt.
"von mitte bis ende 1974 wurde die belegschaft um 370 reduziert. von januar bis märz dieses jahres gingen bereits 212 arbeitsplätze verloren." (wahrheit, 14.5.75)

in westberlin gibt es derzeit etwa 34 000 arbeitslose und über 22 000 kurzarbeiter. das ist nicht gerade rosig.
für die unternehmer ist westberlin durch subventionen und steuerpräferenzen (berlin-förderung) ein glänzendes geschäft. reichen ihnen auch diese vorteile nicht mehr, verlagern sie in andere werke, und nehmen viele arbeitslose dafür in kauf.
und die IHK ist als sprecher der unternehmer schnell mit vorschlägen zur hand, wie man in zukunft solche 'verlagerungen' ausschließen könne: mit noch attraktiveren förderungs-maßnahmen für die wirtschaft.
und hier stoßen die unternehmer beim senat nicht auf taube ohren, war man sich doch eigentlich immer einig:
"Die Berliner IHK begrüßt in einer Stellungnahme zur Regierungserklärung des neuen Senats, daß in wichtigen Punkten eine Fortsetzung der bisherigen und bewährten Wirtschaftspolitik beabsichtigt zu sein scheint."
(Berl. Morgenp. 13.5.75)

Investitionsfreude in Portugal fast auf dem Nullpunkt

aus: TS, 18.5.75

Nur zwei deutsche Betriebe haben bisher die Produktion eingestellt — Weiterhin zahlreiche Unklarheiten

huk. Lissabon. Seit dem Umsturz in Lissabon vor Jahresfrist haben zwei der etwa 90 deutschen Firmen ihre Produktion aufgrund vorwiegend politischer Motive in Portugal eingestellt. Es handelt sich um einen Gemüsetrocknungsbetrieb, der sich mit dem neugebildeten Arbeiterrat nicht arrangieren konnte, und um eine Miederwarenfabrik mit fast ausschließlich weiblicher Belegschaft, bei der zusätzlich die internationalen Schwierigkeiten auf dem Textilmarkt eine Rolle spielten.

Nach Auffassung der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Lissabon ist gegenwärtig nicht mit weiteren Produktionsverlagerungen zu rechnen. Allerdings verhalten sich die meisten deutschen Unternehmen abwartend. Nachdem zunächst ein gewisser Investitionsstop zu verzeichnen war und speziell neue Projekte zurückgestellt wurden, war am Jahresende 1974 wieder ein Investitionsanstieg bei den deutschen Unternehmen der Elektrotechnik und der Pharmazeutik zu verzeichnen. Dagegen wirkte sich in den lohnintensiven Bereichen der Textil- und der Schuhindustrie der jetzt auf 4000 Escudos (etwa 400 DM angehobene monatliche Mindestlohn negativ auf die weitere Investitionstätigkeit aus.

Die für den westeuropäischen Bereich ein ausgesprochenes Novum darstellende wirtschaftliche Lage Portugals hat zur Zeit das Interesse ausländischer Unternehmer an einer Expansion in das iberische „Niedriglohnland" fast auf den Nullpunkt sinken lassen. Die Unsicherheit wird durch das Sofortprogramm vom 15. April erhöht, das einerseits Nationalisierungen in Schlüsselbereichen vorsieht und somit im pharmazeutischen Bereich Unternehmen wie Hoechst (2000 portugiesische Arbeitskräfte), Schering, Merck und Bayer tangieren würde, andererseits bezüglich der ausländischen Unternehmungen aber keine klare Postition bezieht.

Es ist auch ungeklärt, inwieweit der Wirtschafts- und Sozialplan vom Februar dieses Jahres in Kraft bleibt, der unter Federführung des heutigen Außenministers Melo Antunes entstanden ist und ohnehin reichlich spät die ökonomischen Absichten der neuen, von der „Bewegung der Streitkräfte" (MFA) bestimmten politischen Führung definierte. Während in diesem Plan das ausländische Kapital überraschend liberal behandelt wurde, hat die Kräfteverschiebung nach links, die nach dem Gegenputschversuch vom 11. März erfolgte

„Arbeiter und Soldaten, gemeinsam werden wir siegen!" Transparent der Soldatengenossen

und zu dem neuen Sofortprogramm mit seinen zahlreichen Nationalisierungsvorhaben führte, die alte Unklarheit wiederhergestellt.

Der Anteil der ausländischen Firmen am portugiesischen Bruttosozialprodukt betrug 1974 etwa 17 Prozent. Davon geht ein Viertel auf das Konto von Unternehmen aus der Bundesrepublik, die bereits im Jahr zuvor mit 30 Prozent aller ausländischen Investitionen an die Spitze gerückt war. Gegenwärtig sind 32 Prozent aller portugiesischen Industriearbeiter in ausländischen Unternehmen beschäftigt. Während noch 1973 ein Textilarbeiter in Portugal etwa 35 Prozent des Lohnes erhielt, den seine Kollegen in der Bundesrepublik verdienten, hat sich die Relation nach Einführung des Mindestlohnes nach Erhebungen der Deutschen Industrie- und Handelskammer jetzt auf etwa 60 Prozent verschoben. In der Elektroindustrie, in der Siemens und Grundig mit je 2400 Arbeitsplätzen die größten deutschen Zweigunternehmen stellen, stiegen die Löhne um 160 Prozent.

Insgesamt kam es in der portugiesischen Wirtschaft 1974 zu einem von mehreren Faktoren bestimmten erheblichen Produktionsrückgang. Bei 25 Prozent Produktionsminderung in der Textilindustrie stellen keinen Einzelfall für die technologische Abhängigkeit Portugals vom europäischen Ausland dar. Auch die Rohstoffabhängigkeit des Landes läßt den portugiesischen Wirtschaftsplanern wenig Spielraum. Plänen zu einer stärkeren Ausrichtung auf die Dritte Welt oder zum Ausbau des Handels mit dem Ostblock (gegenwärtig kaum 1 Prozent) räumt man wenig Chancen ein. Sorgen bereitet weiterhin die Inflationsrate, die mit 22 Prozent im letzten Jahr und einer geringfügigen Verringerung in den ersten vier Monaten dieses Jahres die angehobenen Löhne zum großen Teil unwirksam macht. Bei den Lebensmittelpreisen allein betrug die Steigerung 1974 über 40 Prozent.

Die durch Gastarbeiterüberweisungen und den Tourismus in den letzten Jahren günstige Devisensituation läßt ebenfalls Einbrüche erkennen. Ende 1974 verringerte sich der Gold- und Devisenbestand der Bank von Portugal innerhalb eines Monats um 3,2 Prozent auf 51 Mrd. Escudos, übrigens bei einem gleichzeitigen Steigen des Notenumlaufes um 7,2 Prozent auf fast 70 Mrd. Escudos. Da das Agrarland Portugal bisher sogar 60 Prozent seines Lebensmittelbedarfs durch Importe decken mußte, sind die Anstrengungen der neuen Wirtschaftsplaner vor allem darauf gerichtet, diese ungünstige Konstellation zu verändern.

Portugals KP will Fernsehen „säubern"

Lissabon (AP/ddp). **Die KP Portugals hat nach Mitteilung der libanesischen Behörden der Abendblatts „Republica" ihre Kampagne zur „Säuberung" des staatlichen Fernsehens von Nichtkommunisten intensiviert. Die Zeitung veröffentlichte Auszüge aus einem Dokument, in dem die KP etwa 70 Angestellte des Fernsehens als politisch oder moralisch unqualifiziert bei den Militärmachthabern des Landes denunziert haben soll. Laut „Republica" richten sich die Beschuldigungen und Verleumdungen vor allem gegen Angehörige der Sozialistischen Partei beim Fernsehen. Sie reichten von „geistig nicht auf der Höhe" und „homosexuell" bis zu „Faschist" und „rassistischer Bürgerlicher".**

Mitglieder der KP hätten während des vergangenen Wahlkampfs Anhänger der Bewegung für die Reorganisation der Partei des Proletariats (MRPP) „festgenommen" und den Militärbehörden übergeben, berichtete der Chef der militärischen Sicherheitstruppe (Copcon), General Otelo Saraiva de Carvalho. Er habe sofort deren Freilassung und die Verhaftung aller Personen angeordnet, die derartige Festnahmen widerholen sollten, erklärte der General.

"PORTUGAL wird nicht das CHILE Europas..."

TERMINE / ANZEIGEN / TIPS

WG sucht ganz dringend einen gasherd
tel.: 854 39 44

verkaufe 2 boxen á 1oo watt und echolette tel. ab 18 uhr 7458267

repariere die lichtanlage in eurer wohnung, auch neuinstallation tel.3958o83
mo-fr. 18-2o.oo

am 23.5. (freitag) ist in moabit/stephanstr. und umgebg. sperrmüll

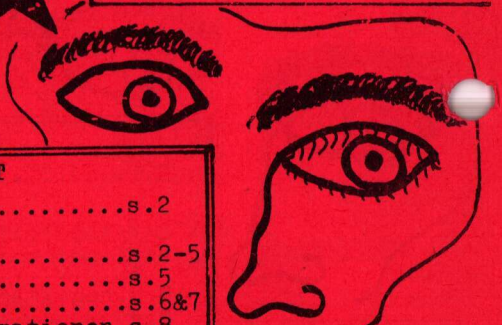
das vietnamfest der esg mußte aus techn. gründen auf den 7.juni verschoben werden
ort: esg-studentenwohnheim, dauerwaldweg 1 (s-bahn grunewald)
es wird dringend noch kram für den bazar benötigt, bitte in der esg, carmerstr. abgeben.

mittwoch: ard 2o.15 "der prozeß" ("der harte kern der raf in stgt.)

Mein R4 verliert massig Öl(Nokkenwelleendichtung futsch=Motor aufmachen)Wer kann so was billig reparieren oder kennt so jemand? Tel.:851 88 97,oder Adresse ans Info-Büro

INHALT

Organisierung s.2
Spontaneität und Organisierung s.2-5
Soldatenprotest.....s.5
Rätekongress .....s.6&7
Rote Hilfe Informationen.s.8
Hausner's Tod... .....s.9
Verfassungsschutzstaat...s.9
Einreiseverbot... .....s.10
Eintrittsverbot.....s.10
Massenentlassungen.....s.11
jetzt liest du.....s.12



INFO-BUG:1-21,Stephanstr.60
Tel: 3 95 80 83
Redaktionssitzung:Sonntag ab 18.
Zusammenlegen:Montag 17.oo
ABO:10 Nummern W.-Berlin = 10 DM
BRD = 11 DM
Postscheckkonto: K.O.Pozik
1190 34-101
V.i.S.d.P. Max Hoelz

KISSINGER am Mittwoch in Berlin

Für nächsten Dienstag ist ein Besuch des US-Außenministers H.Kissinger in der Bundesrepublik angekündigt. Am Mittwoch ist ein Abstecher nach West-Berlin vorgesehen. Und"Nancy kommt mit" schreibt der Abend liebevoll.
Indessen, was in der Presse so großartig angekündigt wird, ist ein vierstündiges Spektakel, in dessen Verlauf Kissinger nach seiner Landung schnell zum Abgeordnetenhaus, von dort zu einem Mittagessen ins Charlottenburger Schloß und dann nach Dahlem in die amerikanische Siedlung kommen wird,um danach eiligst ein Flugzeug zu besteigen,das ihn zur nächsten Stätte seiner Tournee bringen wird. Ursrünglich wollte er auf einer großen Versammlung sprechen, um sich selbst - wie einst Kennedy - als besten Freund aller Berliner darzustellen. Aber nachdem die Bevölkerung in dieser Stadt bei den Aufrufen der Parteispitzen(z.B. 1.Mai) nicht so folgte wie die Regierenden und Herrschenden, hat man es nun vorgezogen, Henry K. nicht vorzuzeigen, sondernim Abgeordnetenhaus und im Charlottenburger Schloß zu verstecken

WER IST MR.K?
NOBELPREIS für den CIA

Henry Kissinger steht nicht in der Galerie tragierter amerikanischer Außenminister wie etwa John Forster Dulles, der als exponierter Verfechter massiver Vergeltung gegen alle - sich von der amerikanischen und zugleich kapitalistischen Herrschaft emanzipierenden Bewegungen, vor allem die der unterentwickelt gehaltenen Länder - vorgegangen ist. Kissinger ist eher"Zuchtmeister in Diplomatie und Härte", wie ihn der Spiegel beschreibt.
Er war schon von Anfang an (1954) gegen eine direkte Konfrontationspolitik der USA; sprach sich (1957) gegen den Einsatz unbegrenzter Atomwaffen aus.
Wer aber annimmt, Henry Kissinger sei die "Friedenstaube", wie er nach dem Vietnamfriedensvertrag und der anschließenden Friedensnobelpreisverleihung immer wieder genannt wurde, wird durch sein tatsächliches Handeln enttäuscht sein müssen:

★ Zwar ist H.K. gegen den Einsatz unbegrenzter Atomwaffen, hat aber gleichzeitig die amerikanische Strategie des Einsatzes von kleinen taktischen Atomwaffen begründet (1957)(Spiegel Nr. 25, 1974, S. 68).

★ Er war gegen den unbegrenzten Vietnamkrieg, nicht etwa deshalb, weil er Mitleid mit dem leidenden vietnamesichen Volk hatte, als vielmehr, wie schon 1966 äußerte, weil dieser Krieg nicht zu gewinnen war. Die Ziele der USA verstand er besser durch "Diplomatie und Härte" zu vertreten. Es scheute ihn nicht seinen Verhandlungsspielraum mit dem Vietkong durch das größte Flächenbombardement aller Zeiten (Weihnachten 72) vergrößern zu wollen, nach der Formel "mehr Frieden durch mehr Krieg" (Spiegel Nr. 15, 1975, S. 95).

★ Frankfurter Rundschau, 18. Sept. 1974 S.1

Ford: CIA ist Mittel der Außenpolitik

Einmischung in Chile amtlich bestätigt

Zwar ist Kissinger zur Vorbereitung des Putsches in Chile gegen die Unidad Popular nicht offen hervorgetreten, hat im Gegenteil eine Beteiligung der USA bestritten, war aber als Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrats gemäß seinen Kompetenzen über die Aktivitäten des CIA in Chile genaustens informiert, bzw. hat selbst durch Bewilligung von Geldmitteln die CIA- Aktionen erst möglich gemacht:

- 1968 und 197o wurden jeweils 1/2 mill $ an Allende- Gegner zur Finanzierung ihres Wahlkampfs gezahlt.
- 1971 - 1973 flossen 5mill.$ nach Chile um die Allende- Regierung zu "entstabilisieren" (die Mittel wurden u.a. zur Finanzierung des Fuhrunternehmer- und Einzelhändlerstreiks benutzt).
- 1973 noch einmal 11/2mill.$ für den Anti-Allende- Wahlkampf (vergl. Chile Nachrichten Nr. 2o).

★Kissinger und sein Stab sind zuständig für die Aufbereitung komplizierter CIA-Informationen, die Verhandlungen anderer Regierungen untereinander betreffen. Es gibt die spezielle Anweisung der US- Regierung: Meldungen, die Verhandlungen erwähnen, nur an Kissinger und seinen Stab weiterzugeben (Marchetti/Marks, CIA, S. 254, die Autoren sind ehemalige hohe CIA- Beamte).

Dieser Dr.Friedensnobelpreis- Engel versteht es die direkte Intervention seines Landes aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit zu ziehen und ihr dennoch so brutal und effektiv wie möglich zum Durchbruch zu verhelfen.
Die Grenze - das hat Vietnam gezeigt und wird Chile noch zeigen - ist der Kampf der unterdrückt gehaltenen Völker um ihre politische und ökonomische Emanzipation.

★★★★★

Süddeutsche Zeitung, 19. Sept. 1974

US-Senat prüft Rolle der CIA in Chile

Auch Außenminister Kissingers Äußerungen werden erneut untersucht

Washington (dpa) — Der außenpolitische Ausschuß des amerikanischen Senats hat einstimmig über die geheimen Aktivitäten des US-Geheimdienstes CIA in Chile beraten. Fulbright hatte sich vor der Sitzung dafür ausgesprochen, den Sonderausschuß des Kongresses überwachen zu

Wozu dieses ganze Theater?

Für die Bevölkerung bringt dieser Staatsbesuch sicher überhaupt nichts. Die allgemeine Unsicherheit, die Krise, die darin besteht, daß die für die "Märkte" und nicht für die Menschen produzierten Waren nicht mehr absetzbar sind, ist im Augenblick unser wirkliches Problem. Dies ist den Verantwortlichen in Unternehmen und Staat auch bekannt. Sie merken selbst, daß bei vielen die Zweifel in diese Ordnung wachsen. In solchen "schwierigen" Situationen stand früher immer der große Bruder aus Amerika zur Seite. Dieses Ansehen der USA beginnt aber stark abzubröckeln. Seitdem nach zum Teil jahrzehnte langen Kriegen die Völker von Kambodia, Laos und Vietnam die US-Soldaten samt dem gesamten Unterdrückungsapparat und die auf ihre Macht gestützten Fabrik- und Großgrundbesitzer aus ihrem Territorium vertrieben haben, sind die Reichen und Wohlhabenden aller Länder, die mit Amerika verbündet sind, in Angst und Panik geraten. Diejenigen, die Macht und Einfluß der großen international organisierten Kapitalgesellschaften verwalten, und bisher unter dem Schutz der US-Militärmaschine und der NATO ihre Interessen an mehr Profit durchsetzten, beginnen an der Allmacht der USA zu zweifeln. Es hat seinen guten Grund, daß in allen reaktionären Zeitungen über die Zerschlagung der US-Herrschaft in Vietnam umfangreich berichtet worden ist.(Schlagzeilen in der "WELT":

"Kommunisten feiern totalen Sieg" oder "Beschimpft und beschossen verlassen die Amerikaner Vietnam").

Die Tatsache, daß die US-Verantwortlichen samt Kissinger bei dieser Gelegenheit ihren reaktionären Stadthalter Thieu fallenließen und damit wortbrüchig wurden, hat in den herrschenden Kreisen vieler Länder besonderes Aufsehen erregt. Das Springer-Blatt "DIE WELT"hat schon recht, wenn es genau im Sinne jener formuliert:

"In der Zwischenzeit hat sich im weltpolitischen Kräftefeld die Lage Deutschlands und des Westens rapide verschlechtert."

Und die großbürgerliche FAZ bringt diese Bedenken noch deutlicher zum Ausdruck. Dort heißt es:

"Asien sollte sehen und sich tief einprägen, wie die Amerikaner die sinkenden Schiffe verließen, die anderen- bis auf ein paar Ausnahmen- ihrem Besiegten-Schicksal überlassend".... "Seht, so wird es jedem in der Region gehen, der auf diesen Sand baut." Und an anderer Stelle beklagt Springer, daß sich die revolutionäre Formel "schafft zwei, drei, viele Vietnam ... inzwischen durch die Schaffung zwei, drei, und wer weiß noch wie vieler Saigon erfüllt" hat.

BEIM NACHDENKEN
ÜBER VORBILDER

Die uns
vorleben wollen

wie leicht
das Sterben ist

Wenn sie uns
vorsterben wollten

wie leicht
wäre das Leben

E. Fried

Die Freiheits-Glocke

mobilisierung ‹gewaltiger seelischer kräfte›

Sieht man die ganze Sache von uns aus, dann ist in den letzten Wochen wiedereinmal der Beweis erbracht worden, daß die Völker ihre Unterdrücker und Ausbeuter abschütteln können, wenn sie erst einmal begonnen haben, ihre wirkliche Lage zu erkennen. Über diese Tatsache soll nun ein Schleier gezogen werden, der dies alles vergessen macht. Die Herrschenden in Europa und den USA versichern sich gegenseitig ihrer verstärkten Hilfe und Zusammenarbeit (siehe NATO-Debatte am Do. im Bundestag). Die Truppenparade in Berlin nahm Schütz zum Anlaß zu erklären,"die Berliner nähmen diesen Tag zum Anlaß, uneingeschränkt ihre Solidarität mit den Westmächten zu bekunden (WamS vom 11.5.). Keiner, auch die Bonzen und Bosse nicht, hat übersehen, daß von 2,1 Mill. Berlinern dies nur knapp 1o ooo taten.Die offensichtlich angekratzte Autorität der Mächtigen soll aber mit allen Mitteln wieder hergestellt werden. Deshalb versenden die US-Machthaber Warnungen nach Moskau und Peking, deshalb laufen US-Kriegsschiffe in großer Zahl nach Kambodha aus und demonstrieren aus nahezu nichtigem Anlaß Entschlossenheit und militärische Stärke. Bei uns darf unter keinen Umständen der Eindruck entstehen, das kapitalistische Amerika mit seinen alles niederhaltenden riesigen Konzernen sei etwa bezwingbar.Deshalb, so schreibt die "WELT", bedarf "der in die Verteidigung gedrängte Westen der Entfaltung gewaltiger seelischer Kräfte (!) um die bevorstehenden Kraftproben meistern zu können" (Ausg. vom 3o.4.) Bedenkt man, daß mit diesen "Kraftproben" vor allen Dingen die gegenwärtig stattfindenden riesigen Streikaktionen in Italien und England sowie der Versuch in Portugal, auf den Trümmern eines jahrzehntelangen faschistischen Terrorregimes eine neue Gesellschaft aufzubauen, gemeint sind, dann wird klar, daß die Mächtigen in der Tat "Gewaltige seelische Kräfte" mobilisieren müssen, um ihre Herrschaft zu sichern. Dabei muß ihnen geholfen werden, dies ist der Grund, der die US-Regierung veranlaßt hat, Kissinger auf eine Rundreise zu schicken.

In Berlin stoßen solche Besuche amerikanischer Politiker ohnehin auf eine lange Tradition.Wer erinnert sich nicht an die großen"Freiheits"kundgebungen? Wir sind uns im klaren darüber, daß es immer wieder die massive Unterdrückung jeder demokratischen Regung der Arbeiter und Bauern durch die stalinistische Verwaltung in Ostdeutschland war, die bei der Bevölkerung in West-Berlin und Westdeutschland den Eindruck hervorrief, als lebe und existiere man unter tatsächlich freiheitlichen Lebens und Arbeitsbedingungen. In geschickter Regie ist es den Herrschenden in W.- Berlin immer wieder gelungen, die Bewegung gegen die undemokratische Bürokratie Stalins und Ulbrichts in Demonstrationen für ihre eigene Herrschaft umzuwandeln. Eine besondere Rolle spielten dabei immer die Besuche hochgestellter amerikanischer Regierungsmitglieder, die sich in Berlin als Freiheitshelden feiern ließen, während ihre Militärmaschine zur gleichen Zeit Schrecken und Terror über die Völker Asiens und Lateinamerikas verbreiteten.

In einer Zeit, in der die Machtausübenden bei uns in immer größere Schwierigkeiten geraten, sollen die Berliner an diese Tradition erinnert werden. Diese Erinnerung soll sie betäuben; bei ihnen soll der Blick für wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Alternativen verstellt werden. Das sind die"seelischen Kräfte", die die Herrschenden mobilisieren wollen.

Die Fabrikbesitzer aber und die für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse Verantwortlichen wollen sich ihrer Solidarität und der Fortsetzung ihrer gegenseitigen Kumpanei versichern. Wir aber brauchen nicht die Solidarität der Unternehmer und ihrer Handlanger in Staat und Verwaltung, sondern die Solidarität der Arbeiter und Angestellten in Betrieb und Stadtteil, die Solidarität unter uns selbst .
Deshalb wollen wir gegen die Anwesenheit von Kissinger in Berlin demonstrieren.

DEMONSTRATION MI. 21.5.75
17^{00}h U-Bahn Sophie-Charl.-Pl.

★Komitee Solidarität mit Chile, ★Mittwochsplenum, ★Stadtteilgruppe Charlottenburg, ★Initiativgruppe Portugal, ★Info-Redaktion, ★Ökonomen Kollektiv, ★Germanisten Kollektiv, ★Sozialistisches ArbeitsKollektiv-Jura, ★und weitere undogmatische Gruppen.★